



Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 26. April 2013

TOP 61, Situation des Kleingartenwesens (Drucksache 18/696)

Kirsten Eickhoff-Weber:

Kleingärten für eine lebendige Stadt von morgen erhalten

Kleingärten in Schleswig-Holstein, das ist eine 200-jährige Geschichte! Ende des 18. Jahrhunderts forderte der Statthalter des dänischen Königs die Städte und Gemeinden in seinem Herzogtum auf, für arme Bürger Ländereien als „kleine Gärten“ zur Verfügung zu stellen. Daraus entstand 1814 in Kappeln der erste Kleingartenverein Deutschlands.

In den Zeiten der Industrialisierung mit den zum Teil unwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen tauchten Kleingärten in Berlin auf und da zuerst als Kindergärten, damit Kinder an frischer Luft lernen konnten, für ihre Gesundheit Nahrungsmittel selbst anzubauen. Eltern fühlten sich dadurch ermuntert und das führte zur Entwicklung des Kleingartenwesens – in den 20er Jahren unter dem Slogan „Jedermann Selbstversorger“. Das ist Geschichte.

Heute sind Kleingärten ein lebendiger Teil insbesondere des städtischen Lebens. Sie sind Orte der Begegnung, für generationenübergreifendes gemeinsames Vereinsleben und Gärtnern. Kleingartenanlagen sind Orte der interkulturellen Begegnung, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gestalten und ernten in guter Nachbarschaft. Kleingärten sind wichtiger Bestandteil der Grünversorgung in Städten. Sie dienen der Naherholung, der Freizeitgestaltung, als Bewegungsraum und damit der Gesundheit.

In einigen Kleingartenanlagen gibt es gelingende Bildungsprojekte von Kindergärten und Schulen. Hier erleben und lernen Kinder im eigenen Tun die Kreisläufe der Lebensmittelproduktion.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Die ökologische Funktion von Kleingartenanlagen wurde lange unterschätzt. Sie haben eine ausgleichende Wirkung auf das innerstädtische Klima und tragen zur Stärkung der Biodiversität bei.

In einigen Bereichen des Landes, das hat der Bericht gezeigt, gibt es in den Kleingartenkolonien Probleme mit Leerständen. Hinzu kommen die zum Teil drastisch angestiegenen Pachtpreise, die an die Kommunen zu entrichten sind. Früher gezahlte Zuschüsse, als Anerkennung der Leistungen für das Gemeinwesen, werden wegen der knappen finanziellen Mittel der Kommunen meist nicht mehr gezahlt. Wie auch keine Unterstützungen mehr an Familien in prekären Verhältnissen gezahlt werden. Wobei es doch gerade hier sinnvoll wäre, mit der Familie in den Garten zu gehen, anstatt in beengten Wohnverhältnissen aufeinanderzusitzen.

Während wir mit Erfolg Mehrgenerationenhäuser einrichten und unterstützen, sind unsere verwurzelten Mehrgenerationengärten nicht mehr selbstverständlich. In vielen Kommunen werden sie oft als Bauerwartungsland angesehen. Da hilft der ausführliche Bericht des Ministers, die Diskussion um die Zukunft des Kleingartenwesens zu versachlichen. Insbesondere die Kleingartenanlagen im Hamburger Rand führen mittlerweile Wartelisten. Das bedeutet doch, dass Menschen Gärten als Teil eines attraktiven Wohnumfelds nachfragen.

Und das muss doch unser Ziel sein, Schleswig-Holsteins Städte attraktiv zu gestalten. So, dass Menschen Lust haben, hier zu arbeiten, zu leben und zu bleiben. In Zeiten des demografischen Wandels und des damit einhergehenden Fachkräftemangels wird es einen zunehmenden Wettbewerb der Städte um Mitbürger geben. Und Wirtschaft wird nur da florieren, wo ausreichend Arbeitskräfte leben. Menschen folgen nicht nur den harten Fakten, sondern suchen sich ihren Lebensort eben auch nach den sogenannten weichen Standortfaktoren aus: Bildung, Kultur, Sport, Freizeit, Grünversorgung. Das gilt nicht nur für die gut Situierten, das gilt insbesondere für die, die die zunehmend steigenden Mieten der Metropolen nicht mehr zahlen wollen oder können.

Kleingärten haben eine Zukunft und müssen für eine lebendige Stadt von morgen erhalten werden. Das geht nur gemeinsam: Kleingärtner, Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung, Bürger und Bürgerinnen müssen sich gemeinsam auf den Weg machen. Dabei können die in den Leitlinien des Deutschen Städtetages zur nachhaltigen Entwicklung des Kleingartenwesens in den Städten geforderten Kleingartenentwicklungspläne eine tragende Grundlage sein. Wenn sie denn in transparenten, offenen Beteiligungsverfahren gemeinsam mit den Kleingartenvereinen entwickelt werden.

Im Ausschuss wollen wir gemeinsam beraten, wie wir das Kleingartenwesen in Schleswig-Holstein unterstützen können.